

Technokratie und Posttechnokratie

Christian Hiebaum,* Universität Graz

Kurztext: *Technokratie ist heute nahezu allgemein übel beleumundet. Ein Gutteil politischer Fundamentalkritik (insbesondere an der Europäischen Union) ist Kritik an technokratischem Entscheiden. Gleichwohl macht man sich mit dem Vorschlag, die Regierung hauptsächlich oder gar ausschließlich mit „Expertinnen und Experten“ zu besetzen, im Wahlvolk eher beliebt als unbeliebt. Und prominente Ökonomen beklagen den Mangel an Sachverstand, wie er sich in Austeritätspolitiken manifestiere, die nicht zuletzt von genau denjenigen Instanzen verordnet werden, die unter Technokratie-Verdacht stehen. Manche bezweifeln auch explizit, dass wir an zu viel Technokratie laborieren würden. Um den Widerspruch zwischen Technokratie-Kritik und Technokratie-Leugnung (bzw dem Wunsch nach mehr Expertise in der Politik) aufzulösen, schlage ich den Begriff der Posttechnokratie vor. Einiges an heutiger Technokratie-Kritik, so meine These, bezieht sich eigentlich auf die Posttechnokratie. Im Folgenden wird zwischen Technokratie und Posttechnokratie unterschieden, indem ihr jeweiliges Verhältnis zu Bürokratie, Hierarchie, Partizipation und ideologischer Vielfalt näher betrachtet wird.*

Schlagworte: *Technokratie; Posttechnokratie; Bürokratie; Hierarchie; Heterarchie; Governance; Partizipation; Demokratie; ideologische Vielfalt; Neoliberalismus.*

I.

Technokratie ist heute nahezu allgemein übel beleumundet. Das war nicht immer so. Mit dem technologischen Fortschritt und der Etablierung und Ausdifferenzierung der modernen Sozialwissenschaften war für einige Zeit durchaus die Hoffnung verbunden, Herrschaft weiter versachlichen zu können bzw sie eines Tages überhaupt den Gesellschaftsingenieuren überlassen zu können. So formierte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den USA, inspiriert durch die Schriften *Veblens*, insbesondere durch das Werk *The Engineers and the Price System*,¹ eine deklariert technokratische Bewegung, die keineswegs bloß als eine Gruppe Verschrobener wahrgenommen wurde.² Doch dieser Optimismus hielt nur wenige Jahrzehnte. Mittlerweile gilt die Technokratie eher als Degenerationsform von Epistokratie. Zumindest scheint letzterer Begriff etwas weniger negativ besetzt – wohl, weil ihn kaum jemand kennt oder weil „Epistokratie“ weniger an

* Ao. Univ.-Prof. Dr. Christian *Hiebaum* ist Dozent am Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen und Leiter des Fachbereichs Rechtssoziologie, Rechtspolitik, Verhandlungs- und Mediationsforschung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz.

1 *Veblen*, *The Engineers and the Price System* (1921).

2 Siehe *Willeke*, *Die Technokratiebewegung in Nordamerika und Deutschland zwischen den Weltkriegen: Eine vergleichende Analyse* (1995); *Akin*, *Technocracy and the American Dream: The Technocrat Movement, 1900–1941* (1977); *Elsner, Jr.*, *The Technocrats: Prophets of Automation* (1967).

technisches Wissen als an Weisheit und Tiefsinnigkeit denken lässt. Mit „Expertokratie“ dagegen dürfte es sich ähnlich verhalten wie mit „Technokratie“. Gleichwohl macht man sich mit dem Vorschlag, die Regierung hauptsächlich oder gar ausschließlich mit „Expertinnen und Experten“ zu besetzen, im Wahlvolk eher beliebt als unbeliebt – sodass er fast schon als populistisch gelten kann. Und regelmäßig wird die Forderung laut, die Regierung möge arbeiten und nicht streiten, oder sogar: weniger reden. Als wäre es nur eine Frage des Sachverstandes und des guten Willens, soziale Probleme zu erkennen und zu lösen. Auch in der politischen Theorie werden wieder vermehrt Zweifel an den Rationalitätspotenzialen zumindest real existierender demokratischer Systeme geäußert.³

Während man also regelmäßig Stimmen für mehr Expertise in der Politik, ja, sogar für eine gewisse „Entpolitisierung“ der Politik vernimmt,⁴ gibt es heute kaum jemanden, der explizit der „Technokratie“ das Wort redet. Ob zu Recht oder zu Unrecht, man assoziiert damit hauptsächlich übertriebenen, ja naiven Steuerungsoptimismus, Planwirtschaft und eine Herrschaft, die zwar rechtsförmig und rechtlich gebunden sein mag, aber mit individueller und kollektiver Freiheit unvereinbar ist.⁵ Und während viele meinen, die gegenwärtigen politischen Systeme in Europa, allen voran jenes der Europäischen Union, seien mehr technokratisch als demokratisch geprägt, und das für einen Mangel halten, beklagen die wenigsten, dass wissenschaftliche Expertisen allzu großen Einfluss auf den Inhalt von Entscheidungen und Rechtstexten hätten. Es verhält sich eher umgekehrt: Kritisiert wird der Einfluss von Partikularinteressen und Pseudo-Studien, die wie wissenschaftliche Arbeiten aussehen, im Grunde aber nur Dienstleistungen für mächtige Lobbys sind. Dementsprechend ist viel von „fake news“, „alternative facts“ und bloßem „bullshit“⁶ die Rede.

So unterscheidet etwa *Wren-Lewis* im Zusammenhang mit der Austeritätspolitik in der EU im Allgemeinen und im Vereinigten Königreich im Besonderen zwischen „textbook macro“ (Lehrbuch-Makroökonomik) und „media macro“ (das, was im öffentlichen Diskurs als makroökonomische Einsicht oder zumindest wissenschaftlich fundierte und also akzeptable Auffassung gilt).⁷ Bedauerlicherweise hätten auch auf Seriosität und Neutralität verpflichtete Medien wie die BBC Anteil an der Desinformation der Öffentlichkeit, weil sie in ihrer Berichterstattung regelmäßig die Tatsache unterschlagen würden, dass in der Fachwelt ein überwältigender Konsens gegen die Austeritätspolitik bestehe. Ähnlich konstatiert *Rodrik* eine auffällige Diskrepanz zwischen den öffentlichen, bisweilen markt- und freihandelsfetischistisch anmutenden Verlautbarungen mancher seiner Ökonomen-Kollegen und dem, was man in der Disziplin weiß über die keineswegs anspruchslosen Voraussetzungen für das Funktionieren und über die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Märkten.⁸

3 Siehe etwa *Brennan*, *Against Democracy* (2016); *Achen/Bartels*, *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Governments* (2016).

4 Siehe *Blinder*, *Is Government Too Political?* *Foreign Affairs* (1997) 115; *Pettit*, *Depoliticizing Democracy*, *Associations* (2003) 23.

5 *Habermas* (Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats [1992]) würde ergänzen, dass es ohne Demokratie auch keine Rechtsstaatlichkeit *im vollen Sinne* geben könne.

6 Im Sinne von Geschwafel, in dem sich eine völlige Indifferenz gegenüber Wahrheit ausdrückt. Siehe *Frankfurt*, *On Bullshit* (2005).

7 *Wren-Lewis*, *What Brexit and austerity tell us about economics, policy and the media*, SPERI Paper No. 36 (2016), <http://speri.dept.shef.ac.uk/wp-content/uploads/2016/12/SPERI-Paper-36-What-Brexit-and-austerity-tell-us-about-economics-policy-and-the-media.pdf> (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018); *Wren-Lewis*, *Mediamacro myths: summing up* (2015), <http://mainlymacro.blogspot.co.at/2015/04/mediamacro-myths-summing-up.html> (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018).

8 *Rodrik*, *Economics Rules: The Rights and Wrongs of a Dismal Science* (2015) 93–96.

Krugman schreibt in der *New York Times* sogar, dass er Technokraten eigentlich liebe, nur könne er in der europäischen, aber auch in der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik kaum welche ausmachen. Mit Technokratie habe die Politik seit Ausbruch der Finanzkrise von 2008 wenig bis nichts zu tun.⁹ Insbesondere hätten echte Technokraten Griechenland keine so unsinnigen „Strukturreformen“ aufgezwungen wie die berühmt-berüchtigte „Troika“ (bestehend aus EZB, IWF und EU-Kommission und politisch begleitet von den Finanzministern der Euro-Gruppe). DeLong spitzt diesen Befund noch zu. Es finde überhaupt kein interessanter „policy“-Diskurs mehr statt, Ideen würden gar keine Rolle spielen. Die herrschenden Ideen seien im Grunde keine Ideen, sondern nur Phrasen:

„If the ruling ideas were those of Bagehot, Kindleberger, Keynes, Friedman – even a Hayek – we could do something, although in the last case it would take a lot of intellectual ingenuity to make a silk purse out of that particular sow’s ear. But the ruling ideas are barely ideas – they are, rather slogans. The bipartisan technocratic policy center of politicians who listen to arguments about what policies might actually work is gone – or at least paralyzed. And too many key levers of power are held by a right – in Germany, in Britain, and in the US – that appears profoundly uninterested in argument about [sic] policy effectiveness, if not uninterested in policy effectiveness itself.“¹⁰

Das mag stark übertrieben anmuten, entspricht aber dem, was der frühere griechische Finanzminister *Varoufakis* über sein erstes Zusammentreffen mit den anderen Finanzministern in der Euro-Gruppe im Frühjahr 2015 schreibt:

„You put forward an argument that you’ve really worked on – to make sure it’s logically coherent – and you’re just faced with blank stares. It is as if you haven’t spoken. What you say is independent of what they say. You might as well have sung the Swedish national anthem – you’d have got the same reply. And that’s startling, for somebody who’s used to academic debate. [...] The other side always engages. Well there was no engagement at all. It was not even annoyance, it was as if one had not spoken.“¹¹

Was immer Technokratie genau sein soll, so stellt man sie sich nicht vor. *Habermas* dagegen betitelte noch 2013 eine Sammlung von kritischen Analysen zur Verfasstheit Europas mit *„Im Sog der Technokratie“*.¹² Und er ist mit der Charakterisierung des europäischen politischen Systems als technokratisch keineswegs allein.¹³ Das ist bemerkenswert, zumal sich die ideologischen und/oder kulturellen Differenzen zwischen den erwähnten Autoren in recht engen Grenzen halten. Wie lässt sich dieser Widerspruch zwischen Technokratie-Kritik und Technokratie-Leugnung (bzw dem Wunsch nach mehr Expertise in der Politik) auflösen? Ich denke, der Begriff der Posttechno-

9 Krugman, Boring Cruel Romantics, *New York Times* 21. 11. 2011, <http://www.nytimes.com/2011/11/21/opinion/boring-cruel-euro-romantics.html> (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018).

10 DeLong, Whose are the ruling macroeconomic ideas? (2016), <http://equitablegrowth.org/whose-are-the-ruling-macroeconomic-ideas/> (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018).

11 *New Statesman* July 13, 2015, <http://www.newstatesman.com/world-affairs/2015/07/yanis-varoufakis-full-transcript-our-battle-save-greece>, July 14, 2015 (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018).

12 *Habermas*, Im Sog der Technokratie (2013).

13 Siehe neben vielen anderen auch *Brunkhorst*, Das doppelte Gesicht Europas. Zwischen Kapitalismus und Demokratie (2014); *Offe*, Europe Entrapped (2015); *Berman*, Against the Technocrats, Dissent (2018), <https://www.dissentmagazine.org/article/against-technocrats-liberal-democracy-history> (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018). Für *Streeck* (What About Capitalism? Jürgen Habermas’s Project of a European Democracy [2017] 246) bleibt *Habermas* sogar noch viel zu technokratiefreundlich.

kratie könnte helfen. Ein Gutteil der heutigen Technokratie-Kritik, so meine These, bezieht sich eigentlich auf Posttechnokratie.¹⁴

Ich möchte im Folgenden Posttechnokratie anhand einiger Begriffe und gut etablierter Rhetoriken von genuiner Technokratie unterscheiden. Man könnte sie als aufgeweichte oder verwässerte Form der Technokratie ansehen, als Technokratie mit liberalem oder quasi-demokratischem Antlitz. Posttechnokratie verhält sich zu eigentlicher Technokratie in etwa so wie Postdemokratie, mit der sie ohnehin eng verwandt ist, zu Demokratie.¹⁵ Wie die Postdemokratie die Demokratie nicht einfach abgelöst hat, so ersetzt auch die Posttechnokratie nicht einfach die Technokratie. Zum einen hatten wir bis zuletzt nichts, was sich ohne signifikante Qualifikationen als Technokratie beschreiben ließe, mithin keine umfassende Technokratie, sondern nur mehr oder weniger zahlreiche technokratische Institutionen; zum anderen existieren viele dieser technokratischen Institutionen nach wie vor, zB von der demokratischen Politik unabhängige Zentralbanken.¹⁶ Vorausgeschickt werden kann auch, dass der Unterschied zwischen Technokratie und Posttechnokratie nicht darin besteht, dass wahrhaft technokratische Entscheidungen nicht falsch oder unvernünftig sein können. Was man eher sagen könnte, ist, dass Posttechnokratie geradezu systematisch falsche bzw nur allzu zufällig richtige oder vernünftige Entscheidungen hervorbringt. Aber auch diese Behauptung möchte ich hier nicht aufstellen oder gar verteidigen. Mir geht es primär um sprachliche Differenzen bzw um Veränderungen im Subtext bestimmter Redeweisen, die eine ideologische Verschiebung hin zu dem indizieren, was gemeinhin Neoliberalismus genannt wird. Diese Verschiebung manifestiert sich freilich nicht nur in Redeweisen, sondern auch in Institutionen. Allerdings sind die Institutionen nicht immer so, wie die Rhetorik es vermuten ließe.

II.

Wie gesagt, man könnte die Posttechnokratie als eine aufgeweichte Form der Technokratie verstehen. Technokratie und Posttechnokratie unterscheiden sich auf der Ebene der sie begleitenden legitimatorischen Diskurse hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Bürokratie (1), Hierarchie (2), Partizipation (3) und ideologischer Vielfalt (4).

1. Bürokratie

Die Technokratie ist sehr augenscheinlich bürokratieaffin, da sie nicht voluntaristisch gerechtfertigt wird und sich auch nicht auf das Charisma von Amtsträgerinnen und -trägern stützt. Ihre

14 Am Terminus liegt mir freilich nichts, zumal man sich auf Begriffsbildungen mit dem Präfix „Post“ schon lange nichts mehr einbilden kann. Im Übrigen war mir, wie ich, nachdem mir der Begriff eingefallen war, feststellen musste, ein soziologischer Systemtheoretiker bereits zuvorgekommen (siehe *Dickel*, Post-Technokratie: Prekäre Verantwortung in digitalen Kontexten, Soziale Systeme [2015] 282). Die Systemtheorie mit ihrer technisch anmutenden Begrifflichkeit, ihrer Skepsis gegenüber sozialwissenschaftlichen Kausalerklärungen und ihrem Steuerungspessimismus kann sogar selbst als der schlechthinnige posttechnokratische Diskurs bzw als Reflexionstheorie der Posttechnokratie verstanden werden. Wie auch immer, jedenfalls könnte man statt von „Posttechnokratie“ ebenso gut von „uneigentlicher Technokratie“, „Semi-Technokratie“ oder „Pseudo-Technokratie“ sprechen oder irgendeine andere Bezeichnung wählen, die gleichzeitig Ähnlichkeit und Differenz zum Ausdruck bringt.

15 Siehe *Crouch*, Postdemokratie (2008).

16 Ich lasse hier noch augenfälligere und immer bedeutsamer werdende Phänomene beiseite, die man als „Hyper-technokratie“ bezeichnen könnte: die Steuerung oder Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse durch Computerprogramme bzw Algorithmen, die Quasi-Entscheidungen treffen und Quasi-Normen setzen. Siehe etwa *Lessig*, Code: And Other Laws of Cyberspace, Version 2.0 (2006).

Legitimation stellt auf die Qualität des Outputs ab und nicht auf den Input, dh auf die von den Herrschafts- oder Rechtsunterworfenen in Wahlen, Abstimmungen und öffentlichen Debatten zum Ausdruck gebrachten politischen Präferenzen. Es ist die Erwartung der Richtigkeit oder Vernünftigkeit von Entscheidungen, auf der die Legitimität technokratischer Arrangements ruht. Die Begründung dieser Erwartung kann allerdings nicht allein im Vertrauen auf den Sachverstand der handelnden Personen liegen, und sei dieses Vertrauen völlig berechtigt. Auch Expertinnen und Experten können irren oder von anderen als sachlichen Erwägungen geleitet werden. Zudem ist echte Expertise, woran immer man sie erkennen mag, beschränkt. Es braucht also ein System von „checks and balances“, klare Aufgabenbeschreibungen und Entscheidungsprotokolle, mithin eine Verteilung von Kompetenzen, von Rollen und Verantwortungen. Und natürlich muss eine verlässliche Implementierung der Entscheidungen sichergestellt werden. Das alles bedingt Normen, die nur wenig Ermessensspielraum offen lassen und deren Anwendung nicht allzu viele Abwägungen erfordert, woraus notorisch Unsicherheit resultieren würde. Auch wenn das Verständnis ihres systematischen Zusammenhangs seinerseits besondere, eben juristische Expertise erfordert.

Die Posttechnokratie zeichnet sich demgegenüber durch eine Rhetorik der Bürokratieskepsis aus. Institutionen seien zu „verschlanken“ und Abläufe zu vereinfachen. Mit „Bürokratie“ werden eben nicht nur Sicherheit und Berechenbarkeit assoziiert, sondern auch Schwerfälligkeit, dysfunktionale Komplexität, Weltfremdheit und Disziplinierung. Realiter sind posttechnokratische Institutionen jedoch typischerweise nicht weniger bürokratisch. Zumindest weisen sie selbst eine Tendenz zu Hypertrophie auf. Nur ihre Normensprache ist eine andere, und zwar eine, welche die mit Bürokratisierung verbundenen Rationalitätsgewinne zu kassieren neigt. Sie ist weicher und vager, und zwar nicht nur an der phonetischen und semantischen Oberfläche (wo es etwa „Evaluierung“ und nicht „Überprüfung“ heißt). Zu strikt verbindlichen Geboten, Verboten und Erlaubnissen gesellen sich in noch größerer Zahl, als dies mit Bürokratie für genuin technokratische Strukturen vereinbar wäre, Normen, die als bloße Erwägungsgesichtspunkte fungieren bzw lediglich die Interpretation anderer Normen und den Ermessensgebrauch anleiten sollen. Verfahren dienen, wenn sie überhaupt auf Entscheidungen und nicht bloß auf Informationsaustausch zwecks besserer Abstimmung abzielen, mehr der Entscheidungsvorbereitung als der Entscheidungsfindung selbst. Disziplinierungseffekte ergeben sich damit weniger aus expliziten Vorschriften als aus nichtformalisierten Machtstrukturen und der Notwendigkeit, strategisch zu handeln.

2. Hierarchie

Die Technokratie ist hierarchieaffin und „government“-, also autoritätsfokussiert. Oben ist die Expertise, unten die Anerkennung der Überlegenheit dieser Expertise gegenüber der eigenen und/oder die Einsicht, dass stabile Befehlsstrukturen ein Gebot der Effizienz sein können, weil sie naturgemäß weniger Transaktionskosten verursachen als die ständige Konsenssuche und das Verhandeln.¹⁷ Von den Hierarchien in einem (partiell) technokratischen System mag es zwar mehrere geben, sodass sich Technokratie durchaus mit einem gewissen Maß an Dezentralisie-

¹⁷ Unter anderem aus diesem Grund finden sich formalisierte Hierarchien nicht nur im Staat und in der Verwaltung, sondern auch in der ökonomischen Sphäre, nämlich in Unternehmen. Und wenn das Transaktionskosten-Argument nicht als Erklärung dienen kann, dann zumindest als Rechtfertigung. *Locus classicus*: Coase, *The Firm, the Market and the Law* (1988). Dazu, was das für das politische Denken bedeuten sollte, *Anderson, Private Government: How Employers Rule Our Lives (and Why We Don't Talk about It)* (2017).

rung und Föderalisierung verträgt. Aber Kreuzungen und Überschneidungen hierarchischer Strukturen ohne klare Kollisionsnormen sind ein Problem, weil sie zu Verhandlungen und Abwägungen zwingen, die mit Unsicherheiten einhergehen, welche sich nicht mittels bloßer Expertise beseitigen lassen, sondern irgendeine Art von Politik erfordern.

Die Posttechnokratie ist hierarchieavers, sie bevorzugt heterarchische oder gar anarchisch-strukturierte „*governance*“. Es geht um das Regieren/Regulieren/Normieren selbst. Dementsprechend populär sind *Public Private Partnerships* bei der Bereitstellung öffentlicher Güter, die vormals in die alleinige Zuständigkeit des Staates fiel und bisweilen auch technokratisch organisiert war.¹⁸ Der Hauptfokus liegt also auf Prozessen, nicht auf der Allokation von Autorität. Für das Innere von Organisationen wird neben „gesundem Wettbewerb“ vor allem „Teamarbeit“ propagiert, nach außen soll „Kundenfreundlichkeit“ praktiziert werden, und als Kunden gelten potenziell alle Dritte. Beziehungen, für die ein Autoritätsgefälle wesentlich ist, die also im Grunde oder zu einem guten Teil hierarchische Beziehungen sind (etwa zwischen Schule und Schülerinnen, Universität und Studierenden oder Behörde und Bürgerin), werden an Vertragsbeziehungen zwischen gleichrangigen Privaten assimiliert.

3. Partizipation

Technokratie ist naturgemäß partizipationsavers, sie setzt auf die epistemische und in weiterer Folge auch rechtliche Autorität von Expertinnen und Experten. Das heißt, mit ersterer wird letztere begründet. Die Posttechnokratie hingegen ist durchaus partizipationsaffin, wenn auch eher nominell als real. Sie setzt zwar ebenfalls auf Expertise, rechnet aber nicht mehr damit, dass sich diese bei einer bestimmten Person oder einer kleinen Gruppe von Personen vorfinden lässt. Vielmehr wird sie in Prozessen oder Verfahren selbst verortet. Deshalb sollen die sogenannten „*stakeholders*“ und Mitglieder der relevanten „*epistemic communities*“ an Entscheidungen und Regulierungen teilhaben. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „funktionaler Repräsentation“. Diese Gruppen werden jedoch eher als Netzwerke denn als politische Gemeinschaften verstanden.¹⁹ Und auch sie haben oft nur Konsultationsrechte oder können „*feedback*“ zu Entscheidungen geben. Die Entscheidungen selbst werden oft ohne weitere Mitbestimmung getroffen oder als *Verträge* zwischen Repräsentanten der „*stakeholders*“, etwa als Ziel- und Leistungsvereinbarungen, verbindlich. Wir haben somit tendenziell „*responsibility*“ ohne nennenswerte „*responsiveness*“²⁰ oder eine lediglich durch die Notwendigkeit eines Vertragsschlusses bedingte „*responsiveness*“. Die für die liberale Demokratie konstitutive Spannung zwischen Identität und Differenz der Sub-

18 Die Einbindung Privater in die Erfüllung staatlicher Aufgaben hat eine lange Tradition, jedoch erfolgt sie seit einiger Zeit verstärkt, und auch die Formen haben sich verändert. Siehe dazu *Fuchs et al* (Hrsg), *Staatliche Aufgaben, private Akteure I: Erscheinungsformen und Effekte* (2015). Private wirken heute mit bei der Gesetzgebung/Regelsetzung, in der Rechtsprechung, bei der Marktaufsicht und Marktregulierung, bei der Bereitstellung von Infrastruktur, bei der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit, bei der Informationsbeschaffung, und bei der Bewertung und Zertifizierung von Gütern und Dienstleistungen.

19 Siehe (bezogen auf den Kontext transnationaler Politik) *Hiebaum*, Die Reichweite sozialer Gerechtigkeit, *Politisches Denken Jahrbuch* (2011) 77 (89 ff). Was hier „Posttechnokratie“ genannt wird, weist große Ähnlichkeit zu etwas auf, das *Cohen* und *Sabel* ebenfalls von Technokratie unterscheiden und als „deliberative Polyarchie“ bezeichnen, ein System, in dem „*principal-agent accountability gives way to peer review, in which decisionmakers learn from and correct each other even as they set goals and establish provisional rules for the organization*“ (*Cohen/Sabel*, *Global Democracy? New York University Journal of International Law and Politics* [2006] 763 [778]).

20 Siehe *Streeck*, *How Will Capitalism End?* (2016) Chapter 2; *Mair*, Representative versus Responsible Government, MPIfG Working Paper 09/8 (2009), <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-8.pdf> (zuletzt abgefragt am 13. 6. 2018).

jekte wird dabei in Richtung Differenz aufgelöst. Gut etablierte besondere Identitäten dürfen auf Respekt und Schutz zählen, für andere bleibt die Hoffnung auf Inklusion. Eine Überwindung dieser Identitäten hin zu einer neuen *gemeinsamen* ist jedoch nicht vorgesehen. Denn sie findet typischerweise weder beim Deliberieren in einem Expertengremium noch bei Vertragsverhandlungen statt.

4. Heterogenität

Die Technokratie ist ideologisch neutraler als die Posttechnokratie. Das heißt, sie ist mit einer größeren Zahl politischer Ideologien und Theorien vereinbar, tatsächlich mit allen, die der demokratisch-kollektiven Entscheidungsfindung und der öffentlichen Deliberation keinen hohen Stellenwert einräumen oder zumindest Ausnahmen davon vorsehen. Das können sozialistische, liberale, feministische, nationalistische, konservative, weltliche oder stark religiös geprägte Konzeptionen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls sein, wenn sie sich nur in einigermaßen präzise politische Programme übersetzen lassen. Diese Multikompatibilität ist freilich nicht zu verwechseln mit Pluralitätskompatibilität. Technokratie ist auf relativ klare ideologische Hegemonie angewiesen. „Expertise“ muss schließlich als solche und in ihrer sozialen Relevanz erkannt und anerkannt sein. Zumindest muss über die Kriterien, die jemand erfüllen muss, um als „Experte“ gelten zu können, in Politik und Wissenschaft weithin Einigkeit bestehen. Oder besser: Außerhalb der Wissenschaft muss der Eindruck von Konsens innerhalb der Wissenschaft vorherrschen. Man denke an den lange Zeit bestehenden quasi sozialdemokratisch-keynesianischen Konsens in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Bei der Posttechnokratie verhält es sich umgekehrt. Sie ist auf eine gewisse, freilich oberflächliche Weise pluralitätskompatibler. Ihre Rhetorik ist jedenfalls eine der Diversität. Zugleich aber verfügt sie über einen stärker ausgeprägten ideologischen Bias. Die Posttechnokratie steht in einem eindeutigen Naheverhältnis zu einer bestimmten Version des Liberalismus, nämlich einer, in der die öffentliche oder kollektive Dimension der Freiheit weitgehend ausgeblendet wird oder wenigstens in den Hintergrund rückt. Wie schon gesagt, ist in ihr kollektives Handeln jenseits des gemeinsamen Deliberierens innerhalb fluider Anspruchsgruppen („*stakeholders*“), mithin kollektives Entscheiden unter Einschluss derer, die nicht über die hinreichend direkt einschlägigen Interessen oder Expertisen verfügen bzw zur maßgeblichen „*epistemic community*“ zählen, grundsätzlich nicht vorgesehen. Damit reflektiert sie genau jene Skepsis gegenüber allen Konzeptionen der Gerechtigkeit, des Gemeinwohls und der Demokratie, durch die sich gerade neoliberale Sozialtheorien auszeichnen.²¹ Als „*default option*“ der sozialen Koordination gilt der Marktmechanismus. Überhaupt und in der Tat wird dieser, wo es nur irgend möglich ist, wenigstens simuliert. Beispiele dafür wären die Mittelzuweisung im Wissenschaftsbetrieb nach kompetitiven Verfahren, was seinerseits den Selbstvermarktungsaufwand der Betroffenen signifikant erhöht und Solidarisierung erschwert, und das „*benchmarking*“ als Bestandteil der Budgetverteilung nicht nur im universitären Bereich, sondern ebenso im Gesundheitssystem und bisweilen sogar in den Kernbereichen der Hoheitsverwaltung, etwa bei der Polizei.²² Die „alte“ Technokratie dagegen teilt zwar mit der Posttechnokratie wie immer gut oder schlecht begründete und oft auf be-

21 Siehe insbesondere *Hayek, Die Verfassung der Freiheit* (1991); *Buchanan/Tullock, The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy* (1999).

22 Siehe *Crouch, The Knowledge Corrupters. Hidden Consequences of the Financial Takeover of Public Life* (2016).

stimmte Politikfelder beschränkte Vorbehalte gegenüber Demokratie im herkömmlichen Sinne, weist aber nicht schon *an sich* einen solchen Markt- bzw Wettbewerbsbias auf.

III.

Diese, wenn man so will, diskursphänomenologische Unterscheidung zwischen Technokratie und Posttechnokratie ist ganz offensichtlich sehr skizzenhaft, ja holzschnittartig ausgefallen. In der Tat sind Vermischungen der Diskurse möglich, was die Zuordnung zu Technokratie oder Posttechnokratie erschwert. Oft weisen die Diskurse auch nicht sämtliche der genannten Elemente auf. Diese können außerdem eine mehr oder weniger prominente Rolle spielen. Eine eingehendere Untersuchung müsste wohl nach sozialen Sphären und Rechts- oder Verwaltungsbereichen sowie nach Textsorten unterscheiden.

Keineswegs jedoch, meine ich, handelt es sich bei der Darstellung der Diskurse um eine bloße Karikatur. Es gibt die beschriebenen Diskurse, und sie sind wirkmächtig. Sie inspirieren Praktiken und tragen zur Legitimation von Institutionen bei, ziehen aber auch Kritik auf sich. Inwieweit sie zugleich Rationalisierungen von Entwicklungen sind, deren Natur und Ursachen besser anders als diskursanalytisch zu erforschen wären, etwa politisch-ökonomisch und/oder soziologisch, kann ich hier nicht erörtern. Aber auch als nachträgliche Rationalisierungen verdienen sie es, unterschieden und verstanden zu werden. Und sei es nur, um das jeweilige Verhältnis zu demokratischen Diskursen besser einschätzen zu können und der politischen Kritik an Herrschaftssystemen größere begriffliche Klarheit zu verschaffen.